

Yasemin Utku

Geschichte des Öffentlichen Raums, Fachtagung an der Universität  
Dortmund, 14./15. November 2003

Die aktuellen Diskussionen um den Öffentlichen Raum bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen der vielbeschworenen Krise und einer Renaissance – aber um was geht es eigentlich, wenn von dem Öffentlichen Raum gesprochen wird? Was und wo ist Öffentlicher Raum? Und: Welche Faktoren sind es, die Nutzung, Gestaltung und Transformation des Öffentlichen Raums bestimmen? Die Auseinandersetzungen um den Öffentlichen Raum aus einem planungsgeschichtlichen Blickwinkel zu betrachten und damit einen Beitrag zu den aktuellen Diskussionen zu leisten, war ein Ziel der Tagung in Dortmund. Hierfür wurde ein thematisch-historischer Bogen gespannt, der ausgehend von der Hervorbringung des bürgerlichen Öffentlichen Raums im 19. Jahrhundert über die Instrumentalisierung des Öffentlichen Raums zu staatlicher Repräsentation bis hin zu einer idealisierten Auflösung im ausgehenden 20. Jahrhundert reichte. Organisiert und durchgeführt wurde die Tagung, an der rund 60 Personen teilnahmen, von Christoph Bernhardt (Erkner), Gerhard Fehl (Aachen), Gerd Kuhn (Stuttgart) und Ursula von Petz (Dortmund) aus der Arbeitsgruppe Planungsgeschichte der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (gsu) in Kooperation mit dem Institut für Raumplanung der Universität Dortmund.

Nach Grußworten des gsu-Vorsitzenden Heinz Reif (Berlin), der Prodekanin der Fakultät Raumplanung Ruth Becker und Ursula von Petz vom Institut für Raumplanung der Universität Dortmund wurde die Tagung mit einer Einführung von Gerhard Fehl eröffnet. Er leitete seinen Vortrag „Öffentlicher Raum als bürgerliche Erfindung“ mit einer Definition des Öffentlichen Raums ein, in dem er von einem „geregelten Beziehungsraum“ sprach, der sowohl öffentlich zugänglich sei – auch wenn unter Umständen bestimmte Bevölkerungsteile ausgeschlossen wären – als auch in der Verantwortung der öffentlichen Hand liege. Die Differenzierung in eine „profane Seite“ des Öffentlichen Raums, der vorrangig funktionalen Anforderungen Rechnung trägt, und eine „erhabene Seite“ des Öffentlichen

Raums, der als kultureller oder ideeller Ort durch besondere Symbole oder Ausstattungen gekennzeichnet ist, sowie die Vielzahl der Akteure zur Produktion und Nutzung des Öffentlichen Raums wurde kontrovers diskutiert. Es wurde bereits in dieser frühen Diskussionsrunde deutlich, dass der Öffentliche Raum in keiner der bei dieser Tagung vertretenen unterschiedlichen Fachdisziplinen ein feststehender Begriff ist und auch die Positionen zu den anzusetzenden Kriterien für die Einordnung von Öffentlichem Raum stark divergieren.

In dem Beitrag von Christoph Bernhardt, der über die Phasen der Hygienisierung des Öffentlichen Raums seit dem 19. Jahrhundert sprach und dabei eine Diskrepanz zwischen einer „geistigen“ und einer „körperlichen“ Stadtwahrnehmung und -planung feststellte, wurde ein grundlegendes Themenfeld in der Auseinandersetzung mit dem Öffentlichen Raum betrachtet. Er zeigte auf, dass sich mit Entsempfungen, der Befestigung von Straßen, Kanalisationen, getrennten Wasserkreisläufen und der Trennung von städtischen Funktionen der Öffentliche Raum nicht nur in seiner Gestalt und Nutzung veränderte, sondern damit auch eine Veränderung des gesamten Stadtbildes – es wurde „körperlicher“ - und der städtischen Sozialisation einher ging: Am Beispiel Lennés, der in seiner Planung zum Berliner Tiergarten noch an „den spazierenden und kommunizierenden Bürger“ dachte, erfüllten Grün- und Freiraumplanungen nun auch „sanitäre“ Funktionen, Licht- und Luftbäder entstanden in der Folge der Hygienisierung des Wassers, die eine Entwicklung der Körperkultur bewirkten, bis hin zu den Ideen von Martin Wagner für eine sektorale Stadtplanung Berlins. Der „Grüne Öffentliche Raum – am Beispiel des Ruhrgebiets zwischen 1874 und 1920“ wurde in dem folgenden Referat von Renate Kastorff-Viehmann (Dortmund) beleuchtet. Sie stellte dar, dass die Anlage von Grünflächen für eine Verbesserung der Stadthygiene in der polyzentrischen Region Ruhrgebiet nur eine nachrangige Rolle spielte. Vielmehr war es so, dass Parks und Gärten als „gute Stube“ des Öffentlichen Raums mit erzieherischen Motiven und Sportflächen und -stadien in den innerstädtischen Lagen entstanden und sich daneben eine Alltagskultur an den Stadträndern, den Wäldern, Seen und Bädern zur Erholung und Freizeit entwickelte. Mit diesen offenen

und landwirtschaftlich genutzten Bereichen an den Stadträndern und damit zwischen den einzelnen Städten des Ruhrgebiets entwickelte sich eine neuartige Regionalstruktur, die bis heute kennzeichnend für das Ruhrgebiet ist. Marjaana Niemi (Tampere, Finnland) berichtete in ihrem Beitrag von einem laufenden internationalen Forschungsprojekt, in dem die Entwicklung des Öffentlichen Raums in den Städten London, Helsinki, St. Petersburg und Stockholm im Zeitraum zwischen 1850 und 2000 untersucht wird. Festzustellen war bislang, dass alle untersuchten Städte durch eine in den 1930er bis 1950er Jahren liegende intensive Phase der Anlage von öffentlichen Parks und Grünanlagen gekennzeichnet sind, diese Anlagen vorrangig an den Stadträndern oder in den Vorstädten entstanden und häufig mit zielgruppenorientierten Angeboten ausgestattet wurden. Weit weniger Anlagen konnten nicht zuletzt aus Kostengründen in den innerstädtischen Lagen realisiert werden; hier kam dem Öffentlichen Raum ein höherer Stellenwert zur Repräsentation und weniger zur Nutzung zu. Insgesamt konnte in allen Städten die Veränderung des Zuschnitts der öffentlichen Räume für einzelne Nutzungen, zum Beispiel mit dem Anstieg des Pkw-Aufkommens, und seit den 1980er Jahren ein gesteigener Anspruch nach Sicherheit im Öffentlichen Raum festgestellt werden.

„Die Entdeckung des Öffentlichen Raums durch die Planung“ wurde von Ursula von Petz am Beispiel der Stadt München und dem Wirken von Camillo Sitte und Theodor Fischer veranschaulicht. Sie zeigte gründerzeitliche Prachtboulevards und „den Flaneur“ als Nutzer dieses Öffentlichen Raums und macht damit auf die Bemühungen Camillo Sittes aufmerksam, der aus einer bürgerlichen Motivation heraus an die Umsetzung künstlerischer Aspekte im Städtebau appellierte. Denn der eher technisch orientierte Städtebau in den rasant wachsenden Großstädten der Jahrhundertwende, der sich einem vorrangig geometrischen Formenrepertoire bediente, geriet zunehmend in die Kritik. Am Beispiel München und dem Wirken von Theodor Fischer als Leiter des Stadterweiterungsamtes wurde das Aufgreifen dieser Theorien, aber in Verbindung mit erforderlichen stadttechnischen und ökonomischen Belangen, deutlich. Von Christiane Wolf (Weimar) wurde die Instrumentalisierung des Öffentlichen Raums im Nationalsozialismus

anhand der zentralen Ausstattungen der Gauhauptstädte aufgezeigt. In repräsentativen Partei- und Verwaltungssitzen sollte sich der Gestaltungswille der NSDAP ausdrücken. Das Bauprogramm sah geschlossene Anlagen um einen großen Platz als Aufmarsch- und Kultstätte vor – wobei den „Formationen der Bespielungen“ schon in der Planung ein hoher Stellenwert beigemessen wurde – und der gleichzeitig das nationalsozialistische Zentrum in der Gegenüberstellung zu den historischen Stadtkernen markieren sollte. Für eine erste Umsetzung der Repräsentationsabsichten wurde Weimar ausgewählt, denn hier war die NSDAP bereits vor der Machtergreifung präsent und hier bot sich die Möglichkeit, die Entwicklung einer „Neuen Architektur“ mit dem kulturellen Erbe der Stadt zu verknüpfen. Daneben galt es, diese neuen Anlagen auch überregional verkehrstechnisch anzubinden, hier reichte das Spektrum von repräsentativen Straßenführungen bis hin zu modernen stadtplanerischen Utopien einer verkehrsgerechten Stadt. Mit dem „Raumstadtkonzept“ gab Ulrich Wieler (Weimar) einen Einblick in die Ideen von Walter Schwagenscheidt zu einem Umgang mit Stadt und Außenräumen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Seit den 1920er Jahren hatte Schwagenscheidt an den Theorien zur Entwicklung einer Stadt, die den Menschen in das städtische Leben binden sollte, gearbeitet; 1949 als Buch erschienen, leistete „Die Raumstadt“ einen bedeutenden Beitrag in der Wiederaufbaudebatte. Am Beispiel der Nordweststadt in Frankfurt/Main - für die Schwagenscheidt Ende der 1950er Jahre auf der Grundlage der „Raumstadt“ ein Konzept vorlegte - wurde die Umsetzung seiner Ideen dargestellt, die seit Jahren Gegenstand kontroverser Diskussionen ist.

Am Abschluss des ersten Tages dieser Tagung standen drei Referate zum Umgang und der Gestaltung des Öffentlichen Raums in der DDR, die von Harald Kegler (Dessau/Wittenberg) kommentiert und moderiert wurden. Im ersten Beitrag dieser Themengruppe stellte Frank Betker (Aachen) fest, dass Straßen und Plätze die bedeutsamen Öffentlichen Räume in der DDR waren: ihnen kam in den 1950 verabschiedeten „16 Grundsätzen des Städtebaus“ besondere Bedeutung zu, hier fanden die öffentlichen Demonstrationen des Sozialismus statt und nicht zuletzt markieren sie als Bild den Anfang und das Ende der DDR. Obwohl die Bedingungen zur

Ausgestaltung des Öffentlichen Raums nahezu ideal waren - die Bodenfrage war gelöst und die Planungshierarchien institutionalisiert – gelang es nur in wenigen Fällen, den vermeintlich „sozialistischen Raum“ herzustellen. Betkers These, durch den wachsenden „Eigensinn“ der Akteure, der durch das starke Reglement provoziert wurde, konnte letztlich nur noch die Behauptung eines Gegenbildes zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufrecht erhalten werden. Denn der Wandel in der Gestaltung des Öffentlichen Raums in der DDR, der in den 1950er Jahren noch stark von Demonstrations- und Repräsentationsgedanken geprägt war, verlor zunehmend an Bedeutung. Öffentliche Räume wie „Fußgängerboulevards“, die sich auf bürgerliche Begrifflichkeiten stützen, wurden zum Standard. Den Öffentlichen Raum in DDR-Industriestädten am Beispiel der Stadt Ludwigsfelde betrachtete Carsten Benke (Berlin) in seinem Referat. Im Gegensatz zu den Groß- und Bezirksstädten kam der Gestaltung des Öffentlichen Raums in den kleineren Städten eine nachrangige Bedeutung zu. Trotz der großen industriellen Bedeutung der Stadt Ludwigsfelde in der DDR scheiterten bis 1989 alle Bemühungen zur Errichtung eines Stadtzentrums. Lediglich kleinere Maßnahmen zur Gestaltung des Öffentlichen Raums konnten von Bewohnern und lokalen Akteuren realisiert werden. Dies war kein Einzelfall: die Errichtung von Wohnungsbau und den sozialen Infrastrukturen stand im Vordergrund, Zentrumsanlagen wurden aus Geldmangel gestrichen. Mit der häufig dadurch bedingten mangelhaften Versorgung in den Industriestädten wurden die „historischen Städte“ wieder interessant. Wenn hier das Angebot an Konsumgütern häufig noch schlechter war, so bot das Stadtbild doch „wenigstens etwas für das Auge“. Der Gestaltung und Bedeutung des Öffentlichen Raums in Stalinstadt/Eisenhüttenstadt widmete sich Ruth May (Hannover) in ihrem Referat. Mit der Gründung einer Stadt, die den Öffentlichen Raum zur Grundlage der Gestalt erklärte, sollte der Idealtypus einer DDR-Industriestadt geschaffen werden. Der Gedanke, dass „sozialistisches Leben“ von einem Öffentlichkeitsanspruch bestimmt ist, konnte sich trotz aller Bemühungen auch in Stalinstadt nicht durchsetzen lassen. Rückzug und Privatheit in Gärten und weniger prominenten Orten blieb erhalten, auch wenn die Gestalt des Öffentlichen Raums anderes forcierte. Damit stellte sie die These auf, dass sich die Umgehensweisen mit dem

Öffentlichen Raum in Ost und West so sehr nicht unterschieden haben, denn die Vorstellungen von geplanten "Bespielungen" scheiterten in beiden deutschen Staaten. Nach einem kurzen Kommentar von Harald Kegler, der im Umgang mit dem Öffentlichen Raum auf die wesentlichen Unterschiede wie die Verfügbarkeit von Boden oder die Unhaltbarkeit der „16 Grundsätze“ zwischen Ost und West aufmerksam machte, wurden die unterschiedlichen Herangehensweisen zur Herstellung und Nutzung des Öffentlichen Raums diskutiert.

Mit dem Beitrag von Dirk Schubert (Hamburg), „Die Fußgängerzone der Nachkriegszeit“, erfolgte der Einstieg in den zweiten Tag dieser Tagung. Schubert gab einen umfassenden Einblick in die Voraussetzungen und Ausgestaltungen von Fußgängerzonen, von historischen Vorbildern über den „Boom“ in der Nachkriegszeit bis hin zu aktuellen und mit den „klassischen“ Modellen konkurrierenden Formen, zeigte er den Wandel und die Vielfältigkeit städtischer Fußgängerbereiche auf. Dabei stellte er fest, dass mit der konzentrierten Aufwertung dieser Bereiche eine Entwertung der so genannten Rückseiten des Öffentlichen Raums einher ging. Zudem hinterfragte er eine Übertragbarkeit kultureller oder ideeller Ausprägungen wie die Versuche, südeuropäische Beispiele nach Mitteleuropa zu transformieren, oder die Belastungsgrenzen nach Anpassung und Umbau des Öffentlichen Raums. In dem folgenden Beitrag stellten Tilman Harlander (Stuttgart) und Gerd Kuhn (Stuttgart) die Frage nach „Niedergang oder Renaissance?“ des Öffentlichen Raums und wiesen damit auf die Diskrepanz in den aktuellen Diskussionen hin, die sie mit fehlender Empirie und unzureichender theoretischer Reflexion begründeten. Die Betrachtungen der zum Teil widersprüchlichen Formen der Auseinandersetzungen mit Öffentlichkeit und dem Öffentlichen Raum in Geschichte und Gegenwart hinsichtlich der Herstellung, Aneignung und Instrumentalisierung standen im Focus des Vortrages. Sie kamen zu dem Schluss, dass es weniger um Verfall oder gar den Tod des Öffentlichen Raums ginge - auch wenn sie Prinzipien wie „freie Zugänglichkeit“ für zunehmend gefährdet hielten und „soziale Kontrolle“ angesichts zunehmender „Überwachung“ zu einem Balanceakt avanciert - , sondern

eher um „ungesteuerte Aneignungen“ und Neucodierungen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gar nicht erkannt würden.

Die abschließende Podiumsdiskussion unter der Fragestellung „Wie aktuell ist die Geschichte des Öffentlichen Raums?“, die von Tilman Harlander moderiert wurde, fasste einige wesentliche Aspekte in der Auseinandersetzung mit dem Öffentlichen Raum zusammen und stellte gleichzeitig erneut den Forschungsbedarf anhand der zahlreichen offenen Fragen fest: Klaus Selle (Aachen) betonte, dass nicht von einer „Krise des Öffentlichen Raums“ gesprochen werden könne, sondern vielmehr von einer „Krise des Diskurses über den Öffentlichen Raum“. Auch, dass es nach wie vor an fundierter Empirie fehle, die auf einer breiten Basis angelegt ist und sich nicht auf Einzelbeobachtungen stützt, und der Begriff der „Öffentlichkeit“ fälschlicherweise immer wieder mit Öffentlichem Raum gleichgesetzt wird zeigt, dass der Öffentliche Raum erst noch erkannt und definiert werden muss, damit eine Auseinandersetzung stattfinden kann. Auf ein anwachsendes Übermaß an Öffentlichen Räumen - insbesondere in schrumpfenden Regionen - wies Harald Kegler hin, er warnte vor Überinszenierungen des Öffentlichen Raums und der „Unbekümmertheit“, mit der gegenwärtig Stadtumbau betrieben wird. Obwohl mit dieser Tagung die Unklarheiten in den Definitionen des Öffentlichen Raums nicht auszuräumen waren, so konnte dieses fast unüberschaubare Spektrum des Öffentlichen Raums doch die Gefahr aufzeigen, dass die heutige Planung ohne Kenntnis der Geschichte und Hintergründe erfolge, hob Gerd Kuhn hervor. Ursula von Petz merkte an, dass auch positive Beispiele aus der Geschichte im Umgang mit Öffentlichem Raum in Blick genommen werden sollten. Fragen nach der Tragfähigkeit bestimmter Öffentlicher Räume und den Gründen dafür könnten Ansätze für aktuelle Überlegungen liefern. Christoph Bernhardt bezeichnete die „Demontage“ einzelner Klischees der Historie als einen wesentlichen Aspekt für die aktuellen Diskussionen mit dem Öffentlichen Raum. Er appellierte an die „Bilder in den Köpfen“, die es zu hinterfragen gelte. Den Wandel der Öffentlichen Räume in den Mittelpunkt der planungsgeschichtlichen Auseinandersetzungen zu rücken, wurde von Gerhard Fehl gefordert. Hierfür schlug er eine differenzierte Betrachtung nach Produktion, Gestaltung, Eigentum, Regulierung und

Aneignung vor. Anmerkungen und Fragen aus dem Plenum wie den Gestalt bildenden interaktiven Anteilen, Zielgruppendefinitionen, einem angemessenen Umgang mit den unterschiedlichen historischen Raumtypen, oder den Zuständigkeiten und Beanspruchungen zur Herstellung und Nutzung des Öffentlichen Raums ergänzten den Katalog der Lücken, den der Forschungsstand aufweist.

Auch wenn mit der Vielzahl der Beiträge zur „Geschichte des Öffentlichen Raums“ ein fundierter Überblick über Produktion, Akteure, Gestaltung und Nutzung des Öffentlichen Raums in der jüngeren Geschichte gegeben wurde - überdies ergänzt durch Filmbeiträge des Fachbereichs Architektur der FH Dortmund zur Wahrnehmung des Öffentlichen Raums in der Gegenwart - so war „der Öffentliche Raum“ dennoch nicht herauszuarbeiten. Bei dieser Tagung konnte das außerordentlich spannende planungsgeschichtliche Themenfeld nur angerissen werden; in dem ein massiver Forschungsbedarf besteht. Eine Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist geplant.

Mit dieser Tagung wurde der Auftakt für einen kontinuierlichen Austausch der Arbeitsgruppe Planungsgeschichte der gsu gelegt: auf der Internetseite der gsu ([www.gsu-stadtgeschichte.de](http://www.gsu-stadtgeschichte.de)) soll eine Plattform für die Arbeitsgruppe eingerichtet und künftig sollen im jährlichen Rhythmus Tagungen zu relevanten Themen der Planungsgeschichte durchgeführt werden. Der nächste Termin ist für Januar 2005 in Hamburg vorgesehen. Interessenten an einer Mitarbeit in der gsu-Arbeitsgruppe Planungsgeschichte sind herzlich willkommen und werden gebeten, sich bei Harald Bodenschatz (Berlin) unter [harald.bodenschatz@tu-berlin.de](mailto:harald.bodenschatz@tu-berlin.de) zu melden.